Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Reudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Ruhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 45. | Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk | Freitag, den 22. Februar | Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk | 1918.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 40 Pfg., durch die Post bezogen 2 Mk. 82 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 5 b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 15, für auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 45 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 45 Pfg., für Auswärtige 60 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das im Grundbuche für Lichtenstein Blatt 1117 auf den Namen des Bäckermeisters **Karl Hermann Dietzschkau in Lichtenstein** eingetragene Grundstück soll **am 22. April 1918, vormittags 10 Uhr** an der Gerichtsstelle **im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.**

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche — Hektar 6,8 Ar groß und einschließlich des Bäckereiinventars auf 26041 Mk. — Pfg. geschätzt. Es besteht aus Wohngebäude mit Flügelanbau, Schuppengebäude, Hofraum und Garten, trägt die Ortslistennummer 90 E Abt. A, die Flurstücksnummer 486 b, ist zur Landesbrandkasse mit 21500 Mk. eingeschätzt und an der inneren Hartensteinerstraße gelegen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstücke sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 29. Januar 1918 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lichtenstein, den 14. Februar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Lebensmittelverkauf in Callnberg.

Gemüse-Verkauf.

Sonnabend, den 23. Februar.

Nudeln, ½ Pfund für 30 Pfg. — **Gemüsekarte vorlegen!**

Verkaufszeiten: Nr. 1—100 vormittags 8—9 Uhr, Nr. 101—250 vormittags 9—10 Uhr, Nr. 251—400 vormittags 10—11 Uhr, Nr. 401—550 vormittags 11—12 Uhr, Nr. 551—700 nachmittags 1—2 Uhr, Nr. 701—850 nachmittags 2—3 Uhr, Nr. 851—Schluß nachmittags 3—4 Uhr.

Margarine-Verkauf.

Sonnabend, den 23. Februar auf Fettkarte — **Marke** B.

50 Gramm für 20 Pfg.

Nr. 1—750 bei **Aurich,** Nr. 751—1700 bei **Bramser** und Nr. 1701 bis Schluß bei **Hammer.**

Der Reichstag zum Frieden mit der Ukraine.

Ein neues Friedensangebot Trotzkis.

Berlin, 20. Februar.

Am Bundesratstisch v. Payer, v. Kühlmann und andere, später Reichskanzler Graf Hertling.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten und gedenkt in einer herzlich gehaltenen Ansprache des goldenen Hochzeitstages des bayerischen Königspaares.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Friedensvertrages mit der Ukraine.

Staatssekretär von Kühlmann

gibt zunächst einen Ueberblick über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und fährt dann fort:

Es handelt sich um den ersten Friedensschluß in diesem gewaltigen Kriege. Wir wollen in keiner Weise für die Sünden des Zarismus verantwortlich sein und werden den Wunsch unserer Völker nach Frieden zu erfüllen suchen. Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht, da, wie bei den meisten jungen Völkern, bei den Ukrainern die nationalen Ideen hochgespannt sind. Uns interessiert die Abgrenzung der Ukraine nach Westen hin. Wegen der polnischen Forderungen durften wir den Frieden nicht scheitern lassen. Das wäre mit Recht vom deutschen Volke in seiner großen Mehrheit gemißbilligt worden. Die Einzelheiten der Grenzfestsetzung mußten einer kommissarischen Verhandlung vorbehalten werden. Die Verhandlungen schweben zurzeit. Die Abkommen werden revidiert werden gemäß den ethnographischen Verhältnissen. Es wird alles geschehen, um eine möglichst gerechte Abgrenzung zu bewirken. Die ukrainische Regierung wird aus den persönlichen Verhandlungen in Wien und Berlin die Ueberzeugung geschöpft haben, daß wir ein herzliches Verhältnis zu pflegen bemüht sind. Es ist durchaus glaubwürdig, daß große Vorräte an Getreide und Futtermitteln in der Ukraine vorhanden sind und daß von diesen ein erheblicher Teil für uns und in erhöhtem Grade für die österreichisch-ungarische Monarchie zur Verfügung stehen wird. Der Austausch dieser Vorräte mit unseren Erzeugnissen ist ein starkes Interesse beider Länder. Die Hauptbedeutung des Friedensvertrages liegt darin, daß er vorbildlich für künftige Friedensschlüsse sein wird. Er gewährleistet die Rechtsbedingungen vollkommen in der organischen wie handelspolitischen Beziehung. Er ist auch ein Instrument zum Friedensschluß mit der bolschewistischen Regierung. Unser erneutes militärisches Vorgehen dürfte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Petersburger Regierung sein. Das beweist der im folgenden Artikel behandelte Funkspruch des bolschewistischen Kabinetts an die deutsche Regierung.

An die Auslassung des Staatssekretärs von Kühlmann schloß sich eine Aussprache, in der Redner aller Parteien zu Worte kamen, die dem Vertrage grundsätzlich beistimmten. Derselbe wurde sodann dem Hauptausschuß überwiesen.

Es folgte hierauf die Beratung der Gesetzentwürfe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung der Geburten; beide Vorlagen wurden dem 16er-Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Galizien vollständig befreit!

Wien, 19. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Artikel des Friedensvertrages mit der Ukraine, der bezüglich der Grenzen den Status quo ante, wie er mit dem großrussischen Reiche geherrscht hat, wiederherstellt, ist nun vollkommen zur Durchführung gelangt. Seit gestern haben unsere Truppen das gesamte Gebiet bis zur Reichsgrenze ohne Zwischenfall besetzt.

———

Berlin, 20. Februar. In der heutigen Reichstagssitzung machte Staatssekretär von Kühlmann folgende Mitteilung: Es sind neue Vorgänge eingetreten, die für die Beziehungen zwischen dem bolschewistischen Kabinett und den Mittelmächten von immerhin erheblichem Einfluß sein können. Auf das erneute Vorgehen der deutschen Heere haben die Volkskommissare in Petersburg folgenden Funkspruch an die Regierung des Deutschen Reiches erlassen:

„Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegierten des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt worden (Hört, hört! auf allen Seiten des Hauses). Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde." (Hört, hört! lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Staatssekretär von Kühlmann fährt fort: Diese durch Funkspruch erhaltene Mitteilung stellt nach den Erfahrungen, die wir bisher mit der Art von Funksprüchen gemacht haben, keine verbindliche Aeußerung dar. Es ist nahezu der amtliche Charakter solcher Kundgebungen manchmal geleugnet worden. Daraufhin wurde der Petersburger Regierung mitgeteilt, der Funkspruch sei von uns empfangen, aber es werde die schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unseren Linien erwartet. Daraufhin haben wir die Mitteilung erhalten, daß die Regierung der Volkskommissare die schriftliche Bestätigung an unsere Linien schicken werde. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Trotzki möchte ich nicht, daß irgendwie in der breiten Oeffentlichkeit der Eindruck entstehe, es sei nunmehr alles glatt und klar, und wir hätten den Frieden in der Tasche. Ich würde einen solchen Eindruck hauptsächlich deswegen bekämpfen, weil ich der ehrlichen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, die von der Regierung in vollstem Maße geteilt wird, eine Enttäuschung ersparen möchte.

Die Ereignisse werden sich ja jetzt ohne Zweifel rasch abrollen. Wir sind mit unseren Bundesgenossen über die neuen Tatsachen in einen Gedankenaustausch eingetreten, der bei weitgehender Uebereinstimmung, die der ganze Stoff in Brest bereits erfahren hat, gleichfalls bald zu Ende geführt werden kann. Eine wesentliche Verschiebung der Verhandlungsgrundlage dürfte, soweit sich dies übersehen läßt, nicht eintreten. Die Aussichten auf den Abschluß des Friedens mit der Ukraine durch den jetzt von uns ausgeübten militärischen Druck und durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich in Petersburg gemacht hatte, erheblich besser geworden. Es kann der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß wir jetzt zum Ziele kommen werden. Der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Abschlusses mit Rußland wollen wir uns aber erst hingeben, wenn die Tinte unter dem Dokument ist. Ich glaube also, die Annahme des Vertrages empfehlen zu können. Der Eindruck, den sie im ganzen Lande hatte, war der, daß die Delegation in dem Abschluß mit Erleichterung und Freude aufgenommen hat und mit der Hoffnung zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens, den wir bei richtiger klarer und entschiedener Fortgang der auswärtigen Politik in absehbarer Zeit auch erreichen werden. (Beifall und Bravorufe.)

* * *

Die Politik der Tat hat also gesiegt. Friede mit Rußland! Hurra! Fahnen heraus! — — Nein, noch nicht! Keine Uebereilung! Wir haben vorerst noch ein Wörtchen mit Herrn Trotzki zu reden und wollen uns erst noch einmal überlegen, ob die Bedingungen, die von den Delegierten des Vierbundes gestellt wurden, heute noch als ausreichend